

Rubriken:

* Islam in Deutschland

* EU-Türkei

* Migranten in Deutschland/Türken in Deutschland

* Cem Özdemir

- Rubrik: Islam in Deutschland

Zaman, 27.11.2008, S. 4

„Der Islam muss in den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen.“

von Oktay Yaman, Berlin

Die Zaman berichtet anlässlich des Vortrags des Bundestagsabgeordneten Bodo Ramelow „Die Linke und die Religion“ vom 24.11.2008, der im Forum für Interkulturellen Dialog e. V. in Berlin stattfand (Vgl. dazu auch: <http://www.dialog-berlin.de/index.php?seite=40>, Anm. d. Verf.).

Bodo Ramelow, der Religionsbeauftragte der Fraktion Die Linke ist, fordert für den Islam in Deutschland den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sowohl die katholische Kirche als auch die evangelische Kirche und die jüdischen Gemeinden hätten den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Zaman berichtet über den Vorschlag Ramelows, die Kirchensteuer in eine „Kultursteuer“, wie sie in Italien gängig sei, zu verändern : „Mit der Kultursteuer kann jeder Muslim selbst entscheiden, an welche Moschee oder islamische Einrichtung er die Steuer bezahlen möchte,“ erklärte der Politiker.

Die Zaman schreibt, dass Ramelow, der bekennender Protestant sei, das Tragen des Kopftuchs unterstütze und es ablehne, Ehrverbrechen in Zusammenhang mit dem Islam zu betrachten.

- Rubrik: EU-Türkei

Zaman, 20.11.2008, Titelseite

„Die These „Sie werden Europa okkupieren“ ist aufgelöst.

Die These, die sowohl von Christdemokraten als auch von Rassisten vertreten wird, dass im Falle eines Beitritts der Türkei in die EU Europa von Türken überschwemmt werde, hat sich als nicht haltbar erwiesen.“

von Selçuk Gültaşlı, Brüssel

Die Zaman bezieht sich in ihrem Artikel auf den Erweiterungsbericht der EU-Kommission zwischen den Jahren 2004 und 2007, wonach keine hohe Auswanderung der neuen osteuropäischen EU-Staaten in die alten Mitgliedsstaaten festgestellt werden könnte. Im Jahr 2007 hätten die alten Mitgliedsstaaten ihre Befürchtung hinsichtlich des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien bezüglich einer hohen Auswanderung geäußert. Das Blatt schreibt, dass die Auswanderungsrate aus diesen beiden Staaten lediglich 0,2% betragen würde.

„Die These, dass die neuen Mitglieder die alten okkupieren würden ist somit widerlegt worden.“ Außer Deutschland, Österreich, Belgien und Dänemark würden gegenwärtig keine der EU-Mitgliedsstaaten Einwanderungsbeschränkungen umsetzen.

- Rubrik: Migranten in Deutschland/Türken in Deutschland

Zaman, 21.11.2008, S. 16

„In Berlin gibt es keine Parallelgesellschaft“

von Oktay Yaman, Berlin

Die Zaman berichtet über das Umfrageergebnis der Hertie-Stiftung, das unter 2000 Berlinern und Berlinerinnen ab 14 Jahren durchgeführt wurde. Die befragten Personen hätten angegeben, dass zum einen die „kulturelle Integration“ zu positiven Ergebnissen gekommen sei. Die Berliner betrachteten zum anderen unterschiedliche Lebensweisen und Wurzeln als Gewinn: „Die Berliner erklärten außerdem, dass es keine zunehmenden Parallelgesellschaften in den Bezirken gibt. Insgesamt ist aber die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation der Berliner in dieser Umfrage am aufschlussreichsten. Danach sind die Berliner trotz der hohen Arbeitslosenquote und der damit verbundenen ökonomischen Einschränkungen mit ihrem Leben in ihrer Stadt und in ihren Bezirken zufrieden.“

Hürriyet, 27.11.2008, S. 13

„Wir schaffen es auch!“

„Der nordrheinwestfälische Integrationsminister Armin Laschet betonte in sei-

ner Erklärung in Solingen, dass die Zeit der jugendlichen Migranten gekommen sei: „In den USA haben sie sich mit dem Slogan „Yes we can“ auf den Weg gemacht – Auch wir müssen hier sagen können, dass wir es schaffen!“

von Bayram Gümüş, Tolga Gürsoy, Solingen

Die Hürriyet berichtet anlässlich der dritten Integrationskonferenz in Nordrhein-Westfalen über die Rede des Integrationsministers Armin Laschet (CDU). Darin fordere er die Hervorhebung der Erfolgsgeschichten von Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Die Hürriyet schreibt, dass Laschet auf das Vorurteil, Migrantenfamilien würden sich nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern, eingegangen sei. Migrantenfamilien würden seiner Ansicht nach die Bildung und Erziehung ihrer Kinder aus nächster Nähe verfolgen und unterstützen.

Laschet betonte, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker an den politischen Parteien partizipieren müssten: „In unserem Bundesland besitzt 25% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, dennoch gibt es in keiner Partei einen Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Dieser Umstand muss sich dringend ändern.“

Zaman, 27.11.2008, S. 2

„Gutausgebildete Türken kehren zurück – Wir müssen Deutschland attraktiver machen.“

Von Selçuk Çiçek, Ömer Gülerüz, Solingen

Auch die Zaman berichtet über die Äußerungen des nordrhein-westfälischen Integrationsministers Armin Laschet während der dritten Integrationskonferenz in Solingen: Aufgrund der guten beruflichen Aussichten und der Anstellungen in der Türkei würden gut ausgebildete Türken und Türkinnen aus Deutschland in die Türkei abwandern. Dem Politiker zufolge müsste Deutschland aus diesem Grund attraktiver und interessanter werden, damit diese Hochqualifizierten hier blieben.

Wie die Hürriyet geht die Zaman auf das beschriebene Vorurteil, Migrantenfamilien würden sich nicht um ihre Kinder kümmern ein. Laschet erläutert diesbezüglich das Beispiel aus der Familie des Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir, dass der Vater des Grünen-Vorsitzenden selbst schlecht Deutsch spreche - dennoch habe er seinen Sohn auf seinem Bildungsweg bestärkt und unterstützt.

- Rubrik: Cem Özdemir

Sabah, 24.11.2008, S. 13

„Die Sabah ist sich über die neue Epoche bewusst“

Kommentar von Mikdat Karaalioğlu, Chefredakteur der Sabah/Europa

Im folgenden Abschnitt werden Teile aus dem Kommentar von Mikdat Karaalioğlu wiedergegeben:

„Mit der Ernennung Cem Özdemirs zum Vorsitzenden der Grünen wurde ein wichtiges Symbol für die türkische Gesellschaft geschaffen.

Cem Özdemir äußerte in den Gesprächen mit den ausländischen Printmedien den Satz „Wir müssen damit aufhören, die unterdrückte Opfergesellschaft zu sein. Stattdessen müssen wir Verantwortung für uns übernehmen.“ Diese Botschaft sollte über die Parteien hinaus von allen sehr ernst genommen werden. Die Sabah hob bereits in der Vergangenheit hervor, Türken nicht als von der Gesellschaft ausgeschlossene *Masse* und als *Opfer* darzustellen, sondern als konkurrenzfähigen und produzierenden Teil der Gesellschaft. Es ist nicht unser Anliegen, die Schwierigkeiten, mit denen wir in Deutschland leben zu ignorieren. Wir müssen uns von dem Gedanken und dem Gefühl Opfer zu sein lösen.

Unsere politischen Forderungen wie das Recht, die Muttersprache zu erlernen, die doppelte Staatsbürgerschaft, Bildung und Beruf müssen wir unseren Gesprächspartnern gegenüber auf der gleichen Augenhöhe deutlich machen – dazu müssen zunächst jedoch wir erst begreifen, dass wir uns auf der selben Augenhöhe mit unseren Gesprächspartnern befinden. Wir möchten jedoch nicht nur als fordernder Teil der Gesellschaft gelten, sondern müssen uns als aktiven Teil dieser Gesellschaft ausdrücken, der einen großen Beitrag zur Kultur, zur Politik und zur Wirtschaft leistet.“

Sabah, 22.11.2008, S. 13

„Cem Özdemir weist der türkischen Gesellschaft einen Weg: Wir müssen aufhören die Opfer zu spielen!“

von Mesut Hastürk, Berlin

Die Sabah berichtet am 22.11.2008 über den Aufruf Özdemirs an die türkische Gesellschaft in Deutschland, ihre Opferrolle abzulegen und Eigenverantwortung zu ü-

bernehmen: „Wir müssen die unterdrückte Opferrolle ablegen und Verantwortung übernehmen. Die erste Generation konzentrierte sich viel zu sehr auf die Politik in der Türkei und auf die Rückkehr in die Türkei. Aus diesem Grund sind die Dinge und Gelegenheiten, die hier erledigt werden hätten müssen verpasst worden. Da wir in diesem Land leben, müssen wir diese Gelegenheiten nachholen.“ Das Blatt geht zudem auf einige politische Aspekte ein, die Özdemir auch gegenüber den Migranten darlegt: „Umweltschutz ist nicht nur eine Aufgabe der Deutschen. Umweltschutz geht uns alle etwas an. Wir werden weiterhin daran arbeiten, uns von der Atomenergie zu befreien.“

Özdemir fordert darüber hinaus ein Ende der Erklärungen, die lediglich die ethnische Herkunft fokussieren: „Ich bin davon überzeugt, dass sich die eigentlichen Schwierigkeiten nicht aufgrund der ethnischen Herkunft ergeben sondern aufgrund der sozialen Schichtzugehörigkeit. Die Probleme, mit denen sich deutsche Arbeiterfamilien konfrontiert sehen sind dieselben, mit denen Migrantenfamilien zu kämpfen haben. Dasselbe trifft auf Angehörige und deren Kinder aus der sozialen Mittelschicht zu – die Probleme, mit denen diese Kinder im Bildungssystem konfrontiert werden, sind die gleichen wie der Familien mit Migrationshintergrund, jedoch unabhängig ihrer ethnischen Herkunft.“ Die Sabah geht in ihrem Artikel auf den wiederholten Vergleich zwischen Cem Özdemir und Barack Obama ein. Dazu meint der Grünen-Vorsitzende dem Blatt gegenüber: „Ich bin nicht Obama – ich bin der Vorsitzende einer Partei.“

Hürriyet, 19.11.2008, S. 7

„Ein muslimischer Deutscher – ein Türkei-Deutscher“

Kommentar von Mehmet Y. Yılmaz, Istanbul

Neben den „Europa-Seiten“ der türkischen Tagespresse nimmt die Berichterstattung über die Wahl Cem Özdemirs zum Parteivorsitzenden der Grünen auch in den Seiten über Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Türkei der hier vorgestellten Zeitungen einen großen Raum ein. Mehmet Yılmaz, der regelmäßig Kommentare auf Seite 2 in der Hürriyet verfasst, thematisiert die Berichterstattung der Bild-Zeitung über die Wahl Özdemirs in seinem Kommentar:

„Die Zeitungen schaffen generell einen Zusammenhang zwischen der Wahl von Obama und der Wahl von Özdemir. Auf die Frage hin ob „Ein Türke in Deutschland Bundeskanzler werden könne“ gibt es gegenwärtig grundsätzlich positive Antworten. Lediglich die Bild-Zeitung betont Özdemirs Glauben und nicht seine ethnischen Wur-

zeln. Die Überschrift zu der dazugehörigen Nachricht lautet deshalb „In Deutschland ist das erste Mal ein Muslim Parteivorsitzender.“ (...)

Über die Bild-Zeitung kann nicht einfach so hinweggegangen werden. Die Bild-Zeitung ist die größte Zeitung in Deutschland und besitzt die Macht, die öffentliche Meinungsbildung in Deutschland zu gestalten und zu beeinflussen.

Nicht einmal den rechten Flügel seiner Partei stört die ethnische Herkunft von Özdemir. Trotzdem ist deutlich, dass die stetige Bewahrung der Betonung der ethnischen Wurzeln der Deutsch-Türken ein großes und ernsthaftes Hindernis darstellt, sie tatsächlich als Deutsche wahrzunehmen.“

Den erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen erscheint in **unregelmäßigen** Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
- Angeführte Artikel und Links geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um Integration, Islam und Muslime in Europa in den türkischen Zeitungen wiederzuspiegeln.
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff